



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
ORTSVEREIN OSTBEVERN – FRAKTION IM GEMEINDERAT

An den Bürgermeister Karl Piochowiak
die Fraktionsvorsitzenden der CDU, B90/Die Grünen
und FDP zur Kenntnisnahme

Antrag auf Darstellung der Ökopunktebilanz

02.02.2021

Die SPD-Fraktion bittet, falls möglich, bis zur UPA-Sitzung am 04.02.2021 über den Sachstand zu dem aktuellen Ökopunktekonto der Gemeinde Ostbevern zu informieren. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, wieviel Ökopunkte für schon umgesetzte Baumaßnahmen/Projekte benötigt werden und wie viele Punkte für potentielle Baugebiete, z. B. Gewerbegebiet West, angedacht sind. Es stehen außerdem noch folgende Fragen im Raum:

- Bis wann müssen die Ökopunkte für schon umgesetzte Projekte erbracht werden? Gibt es dazu eine Frist?
- Wird Ostbevern sanktioniert, falls die Ökopunkte nicht fristgerecht oder in ausreichender Form erbracht werden? Wenn ja, in welcher Form?

Der Antrag, bei einer negativen Bilanz Mittel zum Ausgleich durch Kauf oder zur Leistung von Sanktionszahlungen in den Haushalt einzustellen, folgt bei Notwendigkeit in der Sitzung.

Zur Begründung

In der UPA-Sitzung am 19.01.2021 wurde erwähnt, dass Ostbevern im Minus auf dem Ökopunktekonto ist. Das heißt, dass Ausgleichsmaßnahmen bzw. Ökopunkte für z. B. Kohkamp III noch nicht erbracht wurden. Für Ökopunkte wurden am 19.01.2021 Preise genannt zwischen 13 und 24 € pro Ökopunkt. Da nicht bekannt ist, wie viele Ökopunkte noch für abgeschlossene und potentielle Bauprojekte benötigt werden, kann somit auch kein Überblick über die Gesamtkosten für die Ausgleichsmaßnahmen erstellt werden.

Eigentlich müssen die Ausgleichsflächen bzw. Ökopunkte vor Baubeginn vorhanden sein. Diese Kosten sollten entsprechend in die Gesamtkostenkalkulation des Bauprojekts einbezogen sein. Dadurch, dass dies bei der Erschließung von Kohkamp III nicht erfolgt ist und die Kosten für einen Ökopunkt stark schwankend (13- 24 €/Öp) sind, ist die Gesamtkalkulation nicht zuverlässig. Die Kosten können aufgrund von fehlenden Ausgleichsflächen außerplanmäßig steigen.



In den uns vorliegenden Informationen zum „Warendorfer Modell“ konnte nicht entnommen werden, ob Fristen eingehalten werden müssen oder ob Kommunen sanktioniert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Manthey
Fraktionsvorsitzender